

len gemäss dem noch geltenden Gesetz von 1968 «auf eine r von sechs Jahren ernannt, 1 Ablauf sie wieder wählbar andelt sich um Personen, die inklassen 11 bis 28 eingereiht mnten Funktionsbereichen

o Appius isst CVP

Appius, der Vater der Initiative menschenwürdige Fort-», die am 12. März zur Ab- kommt, hat seinen Rück- er CVP erklärt. Er sei schon von der Partei enttäuscht, als tand sich gewiegert habe, iftenlisten für die Initiative rkuarversand beizulegen, er in seiner Austrittser- Auch vor der Abstimmung kantonalen und die schwei- Parteispitzen darauf ver- e Initiative durch einen Be- vorstellen zu lassen. «Als ortei müsste die CVP wis- mit der Samenspende ein per in die Familienstruktur », sagte Appius im BaZ-In- zur Initiative (BaZ vom ideo Appius (67) hatte von 1992 dem Basler Grossen Rat In dieser Zeit hatte er sich as kantonale Gesetz zur Re- nsmedizin beim Menschen und war Sprecher der en Kommissionsmehrheit. tz wurde 1993 vom Bundes- ilweise als ungültig erklärt. habe den Austritt nicht er- agte Sonja Kaiser, Interims- in der CVP Basel-Stadt. habe auch Verständnis für uschung von Appius. In Be- die Fortpflanzungsmedizin Umdenken stattgefunden. eizerische Gesetz habe die gen Rahmenbedingungen n, ein Verbot könnte das nicht lösen. Mit grossem die CVP Basel-Stadt die ole zur Initiative gefasst.

«richtet» eine partiansch-zusammengesetzte Kommission -, besteht ein Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung oder eine Abfindung (maximal zwei Jahresgehälter). Weil die Abschaffung des Beamtenstatus eine Änderung der Kantonsverfassung nach sich zieht, wird

Flüchtlinge vor dem Aufbruch

Aufbruchstimmung herrscht jetzt unter vielen Flüchtlingen aus Kosovo. Ein Kursprogramm verbessert ihre zukünftigen Lebenschancen. Ein letzter Informationsabend findet am Donnerstag, 2. März, statt.

Wie ein Schulhaus wirkt jetzt die Albanische Beratungsstelle an der Gempenstrasse 27. Mit Spannung sitzen zwölf Frauen und Männer hinter ihren Bildschirmen. Zurzeit sind sie daran, eine Webste zu gestalten. «Jetzt ist 15 Minuten Pause», sagt plötzlich Kursleiter Valton Berisha. Niemand erhebt sich. «Die Leute sind kaum mehr vom Computer wegzubringen», bestätigt Skender Nikoliqi von der Albanischen Beratungsstelle. Denn sie seien überzeugt, dass ihnen die Beherrschung des Computers in der zerstörten Heimat neue Zukunftschancen vermittele. Für kurze Augenblicke seien am Bildschirm furchtbare Erinnerungen an Krieg und Flucht in den Hintergrund getreten.

Neue Arbeitsplätze in Kosovo

Gebannte Aufmerksamkeit beherrscht auch den Kurs für Elektroinstallateure. Jeder solle nach Abschluss des Kurses im eigenen Haus ein Netz aufbauen können, sagt hierzu Kursleiter Ali Nikoliqi. Sie müssten ferner selbst Elektroinstallationen durchführen, einfache Störungen ermitteln und beheben, die Gefahrenquellen wahrnehmen, Reparaturen von Apparaten vornehmen können. Dies alles wird an den vielen Schalttafeln und Geräten geübt. Weitere Kurse vermitteln Kenntnisse für den Wiederaufbau von Gebäuden. Ein Kurs in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Arbeiterinnen- und Arbeiterhilfswerk ist vor allem für Frauen bestimmt. Er bietet Kenntnisse in häuslicher Krankenpflege, Gesundheitsvorsorge, Hauswirt-

schaft, Textilarbeit. Insgesamt werden jetzt in Basel-Stadt 14 Kurse mit je 12 bis 14 teilnehmenden Personen geführt, berichtet Skender Nikoliqi. Davon sind sieben Computerkurse. Die Tages-, Abend- und Wochenendkurse von wöchentlich 12 bis 20 Stunden erstrecken sich über vier Monate. Finanzell ermöglicht werden sie vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie. Sie sollen nicht nur die individuellen Chancen verbessern, folgert Skender Nikoliqi. Ebenso müssten auch die Bedingungen für den Aufbau von Betrieben mit Arbeitsplätzen in Kosovo verbessert werden. In diesem Sinne hofft Nikoliqi, dass ähnliche Kurse auch in Kosovo gefordert werden können. Die Kurse bieten im Weiteren auch Anregungen zur Auseinandersetzung mit kulturellen und sozialen Themen aus der Schweiz und aus Kosovo.

Rückkehrhilfe von 1000 Franken

Wenn die Kurse Ende April beendet sind, naht bereits der endgültige Ausreisetermin, festgesetzt auf den 31. Mai 2000. Die Mehrheit der Flüchtlinge strebe die Heimkehr an, erklärt Irène Fontanilles. Wer jetzt in Phase 2 seine Heimkehr vorbereitet, erhält eine Rückkehrhilfe von 1000 Franken pro erwachsene Person, 500 Franken pro Kind. Wer bereits in Phase 1 vorjahrende heimkehrte, konnte mit dem doppelten Betrag rechnen. Diese Chance nutzten in Basel-Stadt 205 Personen, berichtet Ester Meier von den Einwohnerdiensten. Rund 70 weitere Personen reisten in den Monaten Januar und Febru-

quenterweise die ineur-faiole zu v. Orlage vom 12. März heraus. Nach Angaben von Dominik Hunger liessen sich die Verbesserungen für alle Staatsangehörigen stellen auch ohne einen Verzicht auf den Beamtenstatus in die Tat umsetzen.

Markus Sutter

Heinrichstag und Jubiläumfest

BaZ. Der regierungsrätliche Lenkungsausschuss des Projektes Basel 2001 hat an seiner letzten Sitzung grünes Licht gegeben für die Planung und Organisation des Heinrichstages (13. Juli 2001) sowie des grossen 500-Jahr-Jubiläumfestes zur Feier des Beitritts des Staates Basel zur Eidgenossenschaft im Jahre 1501 (17. bis 19. August 2001). Der Heinrichstag, der Gäste aus der gesamten Schweiz und dem benachbarten Ausland vereinigt, um mit ihnen gemeinsam den Beitritt zu feiern, wird seinen Ausgangspunkt in Augusta Raurica haben. Am späten Nachmittag steht für die Gäste und Bevölkerung der ganzen Region Basel ein offizieller Festakt im Basler Münster mit anschließendem Apéro auf dem Münsterplatz auf dem Programm. Das grosse Jubiläumfest der Kantone Basel-Stadt und Baselland – zusammen mit dem Fest der Basler Zünfte auf dem Marktplatz – gilt gemäss der Medienmitteilung als feierliche und festliche Einladung für die ganze Bevölkerung der Region.

Postfilialen: Abbau?

BaZ. Aufgrund von Presseberichten und Verlautbarungen der Post stelle sich die Frage, ob in Basel-Stadt «mit «Schliessungen von Postfilialen zu rechnen ist». Dies schreibt SP-Grossrat Christoph Brutschin in einer Interpellation mit Hinweis auf die Entwicklung in der Breite (BaZ vom 19.2.), wo die Post nur bei einem Projekt mitmachen möchte. Brutschin fragt den Regierungsrat, ob er Kenntnis von Plänen der Post habe, in Basel Filialen zu schliessen, und ob er der Meinung sei, dass die Postfilialen erhalten bleiben sollten. Diese dienen oft nicht nur der Sicherstellung poststatistischer Dienstleistungen, sondern seien Teil der «Quartieridentifikation», schreibt Brutschin.